Bezirks Bühne

Informationen und Meinung — Dezember 2016

Dicke Bretter wird er bohren müssen – der neue LINKE Kultursenator **Klaus Lederer.** Die Kudamm Bühnen stehen auf der Kippe seit per Gerichtsbeschluss eine Räumung zulässig sein soll. Und die Investoren sind startbereit – auch wenn die Identität der Immobilienhaie wohl immer noch nicht restlos geklärt ist. Die Erwartungen an ihn sind hoch – vor allem im Berliner Kultur-Milieu. Die Lösung des Problems fordert aber – so wie es im Moment aussieht – herkulische Kräfte. Es wird sich alsbald beweisen, ob ein linker Kultursenator – zusammen mit seiner neuen linken Bausenatorin – Wahn und Gier der Investoren zügeln kann. Und ob das dann der Auftakt einer anderen, neuen Stadtentwicklungspolitik sein könnte.

In dieser Ausgabe:

Bebauung der Westkreuz Brache

Erste Nagelprobe für die neuen Partner in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf: Ein Investor will die versteckte Grünfläche am Westkreuz der S-Bahn massiv bebauen. Dafür muss er das Gelände von der Bahn kaufen und braucht Baurecht. Die Kleingärtner sollen nicht betroffen sein. Die BVV-Mehrheit will die Brache als Grünfläche zu einem Park umgestalten **Seite 6**

Tolerierung und Zählgemeinschaft

Die LINKE toleriert die Politik von SPD und Bündnis90/die Grünen in der BVV. Letztere haben eine Zählgemeinschaft gebildet und mit der LINKEN eine Tolerierungsvereinbarung geschlossen. Dafür haben die Linken den Bezirksbürgermeister und die Stadträte von SPD und Grünen mitgewählt. Das nicht ganz unkomplizierte Vereinbarungs-Geflecht kommentieren wir auf **Seite 3**

Laura von Wimmersperg ...

ist seit vielen Jahren eine der prägenden Persönlichkeiten der Friedensbewegung in Berlin. Die „Moderatorin“ der heutigen Friedenskoordination stand wegen eines Zwischenrufes während einer Bundestagssitzung vor Gericht. Dafür sollte ein Bußgeld fällig sein. Wir dokumentieren Ihre Verteidigungsrede, in der vor allem der tödliche Drohnenkrieg der USA eine Rolle spielt. **Seite 7**

In dieser Ausgabe: **Fidel Castro verstorben**_S. 2 | **Trump, Trump, nichts als Trump (Editorial)**_S. 2 | **Komplett neuer Vorstand**_S. 2 | **Mieterinitiative kämpft weiter gegen Sanierung**_S. 2 | **Die LINKEN tolerieren SPD und Grüne in der BVV**_S. 3 | **Ein Buch für Berlin!**_S. 4 | **Verantwortung ist ein flüchtiger Stoff**_S. 5 | **Bauen oder Nichtbauen ..**_S. 6 | **Drohnen morden!**_S. 7 | **Deutsche Regierung macht mit beim Drohnenmord**_S. 7 | **Filmtipp: „Ich, Daniel Blake“ von Regisseur Ken Loach** _S. 8 | **Termine**_S. 8 | **Impressum**_S. 8

Fidel Castro verstorben

Fidel Castro: Quelle: Wikipedia

Diese Nachricht erreichte uns erst nach Redaktionsschluss. Keine Sorge: Wir schreiben hier keinen Nachruf, das können andere viel besser. Aber auch wenn der Revolutionsführer und Staatschef beizeiten umstritten war – sowieso unter Linken – Respekt gebührt ihm allemal. 11 US-amerikanische Präsidenten hat er überstanden, jahrzentelange Boykotte, Hetze und Verleumdungen, Sanktionen, Mord-Anschläge. Das werden ihm auch seine Gegner zugestehen müssen. Und welcher Politiker hat über so viele Jahre ein solches Charisma aufrechterhalten können? Irgendwie hat er – ich schreibe das als gestandener Wessi – in seiner Revolutionsuniform mit Bart und Mütze die romantische Vorstellung in uns wach halten können, die große Umwälzung sei doch noch irgendwie möglich. Jetzt ist das vorbei. **Mach's gut, Fidel.**

Heinz Balzer

EDITORIAL

Trump, Trump, nichts als Trump
Wir TRUMPeten nicht mit...

Alle Blätter einschließlich der sog. Qualitätszeitungen konnten den Hals nicht voll kriegen mit Mutmaßungen über den neuen Zampano im Weißen Haus.Teilweise haarsträubende Kommentare und (home-)Stories füllten tagelang die Blätter (und WebSites, Blogs usw.). Was da zusammengesponnen und phantasiert wurde, ging häufig auf keine Kuhhaut mehr. Sensationsjournalismus – ja, für sowas ist diese lächerliche Figur das geeignete Objekt.
Wir werden in dieser Ausgabe aber NICHT herumTRUMPeten wie viele andere.
Nur ein Wort: Die Aufregung der hiesigen Wertegemeinschaft ist lächerlich. Denn mehr als Aufregung wird nicht dabei herauskommen. Dass man in Europa diesem Halbfaschisten in den Arm fällt bei seiner abzusehenden Wahnpolitik – darauf werden wir garantiert vergeblich warten. Empörung? Empörung – ja; Handeln – nein.

Ihre Redaktion

Schmargendorf:

Mieterinitiative kämpft weiter gegen Sanierung

Die Schmargendorfer Mieterproteste gegen die energetische Sanierung gehen weiter. Inzwischen hat das Landesdenkmalamt den Denkmalwert der Siedlung bestätigt. Genauere Untersuchungen sollen das noch vertiefen.
Ob das die Wohnungsbaugesellschaft Vonovia davon abhalten wird, weiter zu sanieren, ist mindestens zweifelhaft: Die formale Erklärung der zuständigen Behörde des Bezirksamtes dazu steht noch aus.
Die Mieter*innen fürchten weiterhin, dass der "Verschlimmbesserung" durch die energetische Sanierung anschließend die fälligen Mieterhöhungen folgen werden.
Vonovia – das größte Wohnungsunternehmen Deutschlands hat einen Bestand von rd. 400.000 Wohnungen – wird derweil von Streiks unter Führung von ver.di erschüttert. Im Konzern fallen nur 20% der 6400 Mitarbeiter*innen unter den Tarifvertrag der Wohnungswirtschaft. Die Folge: Gehaltsdifferenzen von bis zu 500 € bei gleicher Arbeit. Die „Vergütung" des Vorstandsvorsitzenden kletterte derweil nach einer Erhöhung um 66% auf 3,3 Mio. jährlich.

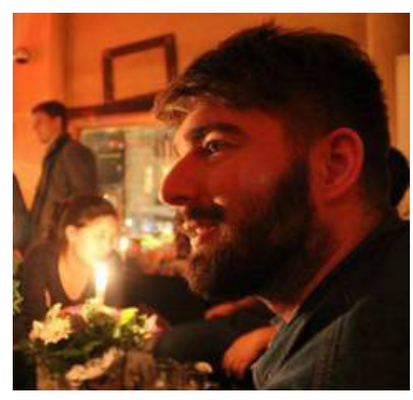
(Quelle: neues deutschland 16., 18., 25.11.)

DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf:

Komplett neuer Vorstand

Moritz Fröhlich (Vorsitzender), Marcus Nolten (Schatzmeister und stellv. Vorsitzender) Felicitas Karimi, Jochem Visser und Leon Zeller bilden den neuen Vorstand der LINKEN im Bezirksverband. Der gesamte bisherige Vorstand hatte schon vor Monaten seinen Willen bekundet, Platz zu machen, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Dieser Neuanfang ist auch ein Generationenwechsel: Der neue Vorstand ist im Durchschnitt deutlich jünger als der bisherige. Die Neuwahl ging ohne Groll, Streit oder Richtungskämpfe über die Bühne – fast ungewöhnlich für DIE LINKE.
Die Sozialisten im Bezirk freuen sich: Auch die neue vierköpfige *BVV-Fraktion* ist eine junge Mannschaft. Die Attraktivität der LINKEN für junge Leute nimmt zu – erkennbar an den neuen politischen Mandatsträgern und ihren Wähler*innen.

H.B.



Moritz Fröhlich, neuer Vorsitzender der LINKEN in Charlottenburg-Wilmersdorf (Foto: Privat)
http://www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de/die_linke/vorstand

Vereinbarung der Fraktionen in der BVV:

Die LINKEN tolerieren SPD und Grüne in der BVV

Auf eine Koalition (Zählgemeinschaft) wollten sich die Linken nicht einlassen. Dafür war die Befürchtung zu groß, die junge neue vierköpfige Fraktion könnte von den erfahrenen Kommunalpolitiker*innen von SPD und Grünen vereinnahmt werden. In der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es stattdessen nun eine Tolerierungsvereinbarung zwischen der Fraktion der LINKEN einerseits und den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/die Grünen andererseits.

Aus der Tolerierungsvereinbarung folgt, dass die LINKE – neben der generellen Tolerierung der Arbeit der beiden anderen Fraktionen – folgende politischen „Schwerpunkte und Maßnahmen" aus dem Katalog von SPD und Grünen „mit Priorität" unterstützt:

- Die Einrichtung einer Ombudsstelle im Job-Center,
- eine Einstellungsoffensive und ein Personalentwicklungskonzept im Bezirksamt,
- einen Ankauffonds zur Ausübung von Vorkaufsrechten,
- den Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums,
- die Sicherung von Transparenz und Bürgerbeteiligung,
- die Weiterführung des Milieuschutzes,
- die Förderung der Inklusion und der Jugendbeteiligung.

Was dann wohl bedeutet, dass diese Maßnahmen gemeinsam jetzt in der BVV in Angriff genommen werden. *Das ist dann die Gegenleistung für die Wahl des Bezirksbürgermeisters und der rot-grünen Stadträte durch die LINKE am 17.11.*

Zusammenarbeit und Schwerpunkte

Daneben ist eine gegenseitige Information über beabsichtigte Initiativen in der BVV und die Teilnahme der Linken an den Koordinierungsgesprächen von SPD und Grünen-Fraktionen vorgesehen.
Im dann folgenden Text der Tolerierungsvereinbarung versprechen sich alle drei Fraktionen und die Parteiorganisationen (!!) auf Bezirksebene die gegenseitige Unterstützung folgender Vorhaben:

- die Ausweisung eines Milieuschutzgebietes am/um den Klausenerplatz,
- die konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotes von Wohnraum,
- einen Bezirksentwicklungsplan „Soziale Infrastruktur";
- unabhängig davon soll dem „aktuell wachsenden (Personal-)bedarf in sozialen Einrichtungen" Rechnung getragen werden.

Der Text lässt darauf schließen, dass die Verhandlungen nicht so einfach waren, wie es sich auf der Pressekonferenz anlässlich der Vorstellung am 14.11. im Charlottenburger Rathaus anhörte. An der einen oder anderen Stelle scheint härter gerungen worden zu sein. Auch dass der Begriff „selbstbewusst" als Charakterisierung des Auftretens der Linken fiel, kann man als unterschwellige Kritik am Auftritt der Verhandlungsdelegation des kleinsten Partners interpretieren.

Und jetzt „die Mühen der Ebene" (Brecht)

Wie jede Vereinbarung dieser Art enthält auch diese an einigen Stellen Formulierungen wie „konsequent fortgesetzt" oder „werden geprüft" usw. Das ist unvermeidlich, denn fast jedes dieser Vorhaben muss seinen Weg durch Gremien usw. gehen (kostet Zeit) und ist (rechtlichen) Regularien unterworfen, die geprüft werden müssen. Hier liegt aber auch das wirkliche Problem: Wenn ein Partner es nicht ernst meint, kann er den Vorgang fast unauffällig ausbremsen oder verzögern, bis die Dinge im Sande verlaufen. Oder vergessen werden, was auch nicht selten vorkommt. Und dann gibt es noch die Finanzierungsvorbehalte, z.B. beim Fonds zum Vorkaufsrecht: Den muss nämlich der Senat bezahlen, sonst läuft das nicht. Und Geld für neue Stellen muss auch da sein. Und dann ist da ja noch die Verwaltung, auf die man auch immer eine Menge schieben kann, wenn's nicht vorwärtsgeht. Manchmal zu Recht.
Immerhin: Liest man z.B. die Passage zum Thema Klausenerplatz und Milieuschutz, so sind die Formulierungen sehr genau und konkret. Es würde schon einiges an Chuzpe dazu gehören, da Sand ins Getriebe zu werfen. *Das spricht erstmal tatsächlich für die ernste Absicht aller Beteiligten, die Absprachen umzusetzen.*

P.S.: Die Mitgliederversammlung der LINKEN in Charlottenburg-Wilmersdorf billigte die Tolerierungsvereinbarung einstimmig bei einer Enthaltung.

Heinz Balzer

Den Text der Tolerierungsvereinbarung erhalten Sie über die WebSite der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf:
http://www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Unterzeichnungszeremonie im Charlottenburger Rathaus; ganz links Niklas Schenker, Fraktion DIE LINKE. Neben ihm der bisherige und neue Bezirksbürgermeister Naumann, Copyright: Die Linke C.W.

Am 17.11. wählte die BVV Reinhard Naumann erneut zum Bezirksbürgermeister. Zu Stadträten wurden gewählt: Carsten Engelmann (CDU/Gesundheit und Soziales), Heike Schmitt-Schmelz (SPD/Jugend, Familie, Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur), Oliver Schruoffeneger (Grüne/Stadtentwicklung und Umwelt) und Arne Herz (CDU/Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten, Wirtschaft und Verkehr). Die bisherigen Stadträte*in Dagmar König und Marc Schulte kandidierten nicht mehr.

Koalitionsvereinbarung #r2G: Was heisst hier Politikwechsel?

Ein Buch für Berlin!

Fast 300 Seiten wird es umfassen. Alles, was sich die neue Koalition aufgeschrieben hat. Was getan werden muss, schon längst hätte getan werden müssen, was sofort getan wird und ganz sicher auch Dinge, die Absichtserklärungen bleiben werden.

Nie war das Interesse an einer Regierungsbildung größer – bundesweit, in Berlin und den Bezirken. Übervoll die Versammlungen, speziell des LINKEN Parteivolks, das mit Mißtrauen, Hoffnung bis Begeisterung das größtmögliche Risiko und gleichzeitig die schwierigste Herausforderung verfolgt, die sich einer Partei stellt. Einer Partei, die an sich selbst den Anspruch hat, sozialistisch zu sein.
Was dieses 'sozialistisch' heute heißt, weiß keiner so genau. Auch Partei- und Wahlprogramme umschreiben es nur: Für die Schwachen und gleichzeitig die Arbeitenden will man Politik machen. Für Lehrende, Künstler, Wissenschaft soll die Welt der Ideen offener und freier von Kommerz und Finanzen werden. Das Stadtleben muss erschwinglich bleiben und trotzdem alle Annehmlichkeiten von grüner Stadt, hoher Mobilität und guter Nachbarschaft bieten. Wachstum ja, aber ohne Ausgrenzung, schlechte Luft und prekäre Beschäftigung.

Wunder bewirken und mit Wasser kochen

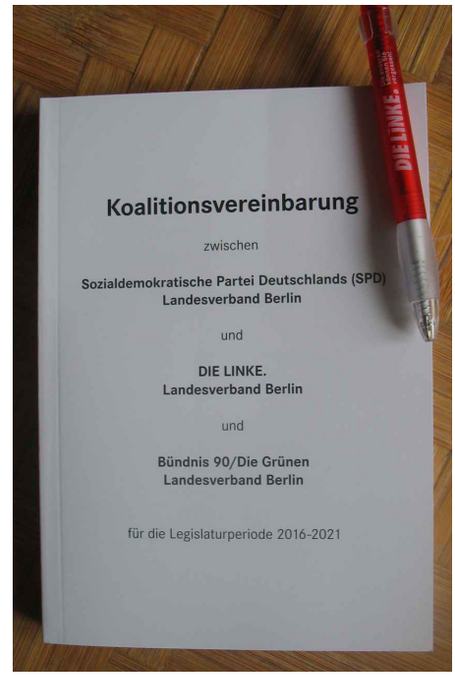
Wenn das erreicht wäre, dann hätte es einen Politikwechsel gegeben. Das ist das Ziel. Alles, was darunter bleibt ist Niederlage und Verlust an Glaubwürdigkeit. Diesen Spannungsbogen hält niemand aus. Keine Partei und schon gar nicht eine Koalition aus 3 Parteien, die sicher Einiges gemeinsam haben, aber nur mit gegebenen Verhältnissen, endlicher Geldmenge und politischen, juristischen bis verfassungsrechlichen Rahmenbedingungen – sprich: nur mit Wasser – kochen.
Eine dieser Bedingungen ist z.B. die Schuldenbremse, die von der großen Koalition im Bund in die Verfassung geboxt wurde. Absicht der kommenden Koalition – immerhin ein Vorschlag der LINKEN – ist es, dass kommunale Gesellschaften sich das Geld (heute fast zum Nulltarif) leihen, um Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsinfrastruktur zu sanieren.

Verwaltung bewegen heißt Berge versetzen

Ein weiteres Vorhaben, das weniger kostet, aber viel Geduld braucht, betrifft alle Reibungspunkte, die die Stadtgesellschaft mit der Verwaltung hat: diese funktioniert schlecht, ist ineffizient, greift an Stellen zu viel, an anderen zu wenig ein. Soll das in sozialer Weise gelöst werden, bedeutet das z.B. Schlichtungsstellen in Job-Centern, Beratungen und Hilfe für Menschen am Rand der Gesellschaft, für die Mitte, die Jugend, das Alter, für Flüchtlinge und Menschen, die auch ohne Flucht am Ende sind. Ein Gutteil des Buches, das die Koalition schreibt, besteht aus 'Kleinigkeiten', die eine künftige Verwaltung, der Felsen des Sysyphos, zum Umschwenken bewegen soll.

Tanz mit Stand- und Spielbein

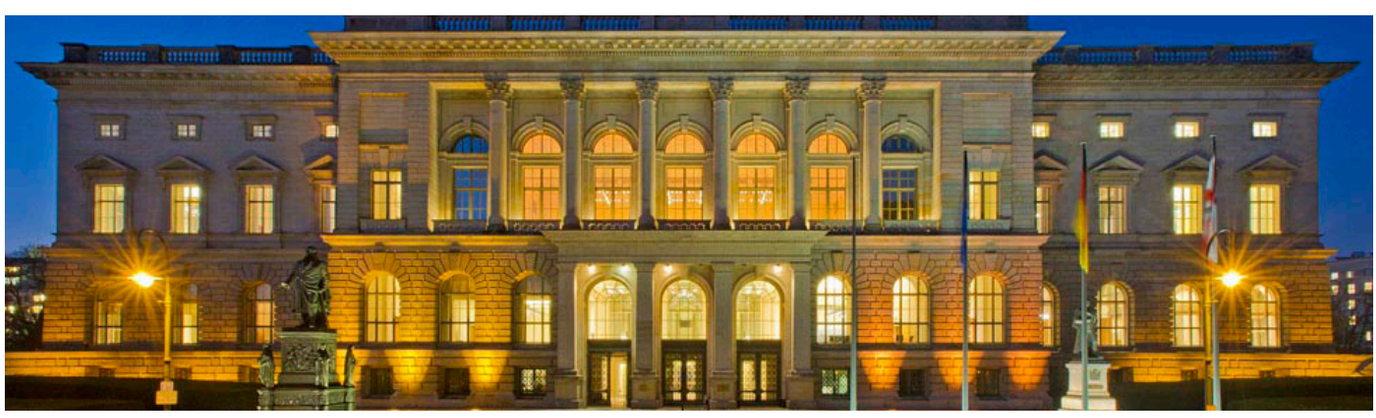
Verständlich also, wenn die Aktivist*innen der LINKEN zwischen



Das Koalitionsvereinbarungsbuch: Copyright: Die Linke C.W

Zweifel und Hoffen schwanken. Wird die Partei den kunstvollen Tanz mit Standbein und Spielbein schaffen? Mit der Fraktion als Standbein, fest gezurrt durch Regierung und Kompromiss, durch Gesetze und Finanzen und dem Spielbein der Partei, die täglich mit den Anforderungen aus dem Stadtleben konfrontiert wird, die Kritik zuerst als Ablehnung, Misstrauen, Schadenfreude wahrnimmt. Das Spielbein, die Partei neben und mit dem Standbein 'Fraktion', muss das Spielen erst noch lernen. Das Ergebnis des Mitgliederentscheids, den DIE LINKE zum Koalitionsvertrag veranstaltet, scheint sicher. Er wird auch zeigen, auf wieviele Mitspieler die Partei zählen kann.

Eckhard Dietz



Das Gebäude des ehemaligen **preußischen Landtages** in voller Pracht. Erbaut von Friedrich Schulze im Stil der Neorenaissance. Als hier die gewählten Volksvertreter im Januar 1899 erstmals tagten, galt in Preussen noch – schon nicht mehr im Reich – das Dreiklassenwahlrecht. Seit 1993 ist er Sitz des **Berliner Abgeordnetenhauses.** Nun haben erstmals SPD, Grüne und LINKE dort die Mehrheit und bestimmen seit neuestem die Politik für Berlin. Ob diese Koalition auch Zeichen einer neuen politischen Ära sein könnte – erstmals in Deutschland gibt es unter Führung der SPD eine solche Konstellation unter Einschluss der Linken – wird sich schon bald herausstellen: Bei der Bundestagswahl 2017.

Kommentar

Verantwortung ist ein flüchtiger Stoff

Verantwortung wird schnell abgegeben: die Wähler haben mit ihrem Kreuz in der Wahlkabine dem Parlament die Verantwortung zugeschoben. Der stärkere Teil des Parlaments übernimmt die Verantwortung in einer Regierung. Opposition verantwortet nichts. Minister*innen (Diener*innen) stellen sich der Verantwortung und müssen zurücktreten, wenn sie ihr nicht gerecht werden.

So das uralte Lied aus Kaisers, Hindenburgs und Adenauers Zeiten. Geht so heute nicht mehr – ist trotzdem noch wirkmächtig.
Das Lied wird neu gesungen: Der Wähler, das Volk, soll mitregieren, ständig, über Initiativen, Volksentscheide, Parteien, Medien. Das Parlament – das gesamte, nicht nur die Opposition – soll die Regierung kontrollieren, Minister*innen sollen dem Volk dienen und Rechenschaft ablegen. Das ist das schöne Bild der Demokratie – der pure Kitsch: schön, aber belanglos, geschmacklos.

Demokratie und Krise

Ein Geschmack von Demokratie kommt auf, wenn's kriselt. Wer hat die Krise zu verantworten, wer kann uns aus der Krise führen, wer leidet unter ihr und wer profitiert von der Krise? Grundfragen der Demokratie werden gestellt, Antworten vielfältigster Art gegeben, aber Verantwortung will niemand übernehmen. Wer sie jetzt übernimmt, hat die Last der Vergangenheit zu bewältigen, kann immerhin einen Teil der Verantwortung dahin und von sich weg schieben.
Die Krise bietet – so die griechische und östliche Weisheit – die Chance zur Umkehr, zum Neuanfang. Neu denken über Demokratie, nachdem das US-Vorbild der 'westlichen Demokratien' verkümmert ist und abgedankt hat. Neu denken über Demokratie, nachdem eine der schlechtesten Regierungsformationen in Berlin abgewählt wurde mit knapper Mehrheit und einer Partei aus dem Vorgestern, auf der Woge einer Gesinnung, die schon totgeglaubt war.

Verantwortung bleibt bei den Regierten

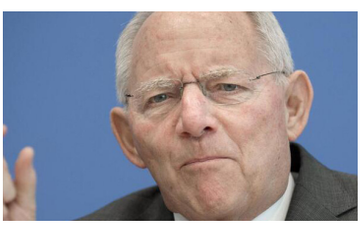
Neu denken fällt da schwer, ist aber der Anfang und Voraussetzung, wenn das Denken Praxis werden soll. Der Stoff, der diese Praxis tragen soll, ist Verantwortung. Wie wir gesehen haben, ein sehr flüchtiger Stoff. Immerhin übernehmen in Berlin jetzt 3 Parteien die Regierungsverantwortung – falsch, und nochmal falsch!
Die Verantwortung bleibt bei den Regierten, welches das Volk ist ! Nur – wie kann 'das Volk' seine Verantwortung übernehmen? Weiter auf die Straße gehen, weiter Unterschriften sammeln, Aktionen planen, den Gewählten der eigenen Partei auf's Fell rücken, Bündnisse schmieden und nicht locker lassen. Die Vielen, Unbekannten und Ungenannten, die so weiter machen, haben sich immer in der Verantwortung gesehen. Verlacht als 'Gutmenschen' und 'Weltverbesserer' sind sie unentbehrlich.

Eckhard Dietz

Politiker, die an wichtiger Stelle VERANTWORTUNG tragen. Wie gehen sie damit um?

Horst Seehofer

Als Ministerpräsident Alleinherrscher in Bayern. Seine rechtskonservativen Auffassungen entsprechen offenbar dem Geschmack der Mehrheit der bayerischen Wähler*innen. Seit Jahrzehnten regiert die CSU den Freistaat mit satter Mehrheit. Wie aber nimmt er diese große Verantwortung wahr? Seit die AfD den rechten Wählerrand erreicht, ist er ins Schwitzen gekommen. Aus Angst seine große Mehrheit zu verlieren rückt er immer weiter nach rechts. Und demütigt die Kanzlerin auf offener Bühne. Ist das **verantwortlicher** Umgang mit dem politischen Mandat?



Wolfgang Schäuble

Ihm ist nichts zu schade, um seine Spardiktatur über ganz Europa zu errichten. Nicht erst seit der politischen Hinrichtung der linken griechischen Regierung ist seine Politik, die den deutschen Export über alles stellt die Geißel für viele Länder Europas. Vor allem für die dort betroffenen Menschen, die sowieso nicht viel zu verlieren haben. Dabei benutzt er geschickt – zusammen mit so manchen populären Journalen – Vorurteile gegen die Bevölkerungen armer Länder, um bei uns beliebt zu bleiben. Verantwortungslosigkeit ist das Mindeste, was man diesem verkrampften alten Herren vorwerfen kann. Der übrigens vor gar nicht vielen Jahren für seine CDU noch illegal Bargeld in einem Koffer von einem Waffenschieber entgegen nahm.

Frank Walter Steinmeier

Der einst als „sprechende Büroklammer" bezeichnete Politiker hat sich als treuer und langjähriger Adlatus des HARTZ IV Kanzlers Schröder schleichend aber kraftvoll hochgearbeitet. Als Kanzleramtsminister hat er das illegale Treiben der Geheimdienste (allen voran der NSA in Zusamenarbeit mit dem BND) befördert. Die Agenda 2010 konstruierte er an verantwortlicher Stelle mit. Heute gilt er als honoriger Staatsmann, was ihm jetzt das Amt des Bundespräsidenten beschert. Seine verantwortungslose Politik ist längst vergessen.

Jean Claude Juncker

Verantwortungslos ist eine eher freundliche Bezeichnung für die Flüchtlingspolitik der EU. Die das Ertrinken von Menschen und menschenunwürdige Zustände in den Flüchtlingslagern durch ihre Politik geradezu hervorruft. Aber anderen Flüchtlingen wird Puderzucker in den Hintern geblasen: Steuerflüchtlingen. Als Premierminister Luxemburgs war Juncker ein besonders eifriger Schlepper der weltweiten großen und größten Konzerne. Milliarden gingen und gehen den Staaten durch seine von ihm sanktionierten Luxemburger „Steuermodelle" verloren. Dafür hat er sich nie **verantworten** müssen; er macht weiter und sonnt sich als Europas großer Staatsmann.

H.B.

Westkreuz: Park oder Wohnanlage?

Bauen oder Nichtbauen ...

… das ist die Frage der Zukunft auf der verlassenen Brache zwischen den Bahnhöfen Westkreuz und Charlottenburg. Was soll mit dem ehemaligen Rangierbahnhof Charlottenburg geschehen?

Noch stehen das Bezirksamt und die Mehrheitsparteien zu ihren Aussagen im Wahlkampf.
Ausgewiesen ist das Gebiet in der Zählgemeinschaftsvereinbarung von SPD und Grünen – von der LINKEN toleriert – als Grünfläche:

„Westkreuzpark
Die Bahnbrachen zwischen Westkreuz, Rönne-, Heilbronner und Holtzendorffstraße sollen nicht nur durch eine öffentliche Durchwegung erschlossen werden, sondern auch als zusammenhängende Westkreuzpark-Fläche unter Einbeziehung der Kleingärten entwickelt werden. Hierfür sollen zur Verfügung stehende Mittel des Landes Berlin eingeworben werden, um die bereits für die Wegführung eingeplanten bezirklichen Mittel zu ergänzen. Eine Entwicklung als Wohnungsbau- oder Gewerbestandort wird abgelehnt.“

Eine Machbarkeitsstudie des Bezirkes soll bis zum Frühjahr die Nutzungsmöglichkeiten eruieren. Dann sollte endlich die Ausweisung des planfestgestellten Gebietes im aktualisierten Flächennutzungsplanes durch den Senat als Grünfläche erfolgen. Hier ist die neue Senatorin Lompscher und die Partei der LINKEN gefordert.

Entwurf einer Bebauung

Immobilienhaie in Wartestellung

Und wenn nicht? Die Immobilienhaie warten bereits. Ein sogenannter Händler und Makler namens Christian Gerome – bereits am Güterbahnhof Greifswalder Straße als Eigentümer stark in der Kritik stehend – verspricht den Kauf der Brache von der DB für 20 Millionen Euro mit nachfolgender Bebauung in entsprechender Klötzchenarchitektur – bis auf Höhen von ca. 65 m. Unter dem Label der Wohnungsnot würden erneut zum größten Teil hochpreisiger Mietraum und Wohnungseigentum geschaffen. Die Luft-und Klimaschneise entfiele, das riesige im Lauf der Zeit angewachsene Biotop würde verschwinden, ein Alibi-Restpark mit auf Zeit gesicherten Kleingärten als Schmankerl bliebe.

Eine bessere Lösung

Die gated community „Quartier Westkreuz“ schließt den Bürger aus, verspricht „shared space“, nimmt massige Tiefgaragen in Kauf und schafft unlösbare Probleme für die Verkehrsinfrastruktur im Umfeld der Holtzendorffstraße.

Was wäre der Traum?

Das Schöneberger Südgelände hat es vorgemacht: eine naturbelassene Eisenbahnlandschaft, die freizeit- wie ökologisch-, aber auch geschichtsbewußten Bewohnern einen Raum der Entspannung in diesem lärm- und emissionsbelasteten Terrain lässt.

Joachim Neu

„Westkreuzpark“: Brache und Kleingärten – gefundenes Fressen für den Investor?
Fotos: Linke CW

WOGA-Komplex: Investor gestoppt

Die umstrittene Bebauung des ehemaligen Tennisplatzes im WOGA-Komplex (Schaubühne am KuDamm und Wohnhäuser dahinter) ist vorerst vom Tisch. Das Baukollegium unter Leitung von Senatsdirektorin Lüscher lehnt die Entwürfe des Investors ab. Dort wehren sich die betroffenen Anwohner seit langem gegen die Pläne, das von Erich Mendelssohn entworfene denkmalgeschützte Ensemble durch einen "Glaspalast" mit Luxuswohnungen zu entstellen. Das Bezirksamt – Mit Ex-Baustadtrat Schulte (SPD) bisher auf Investorenkurs – werde den Investor Shore Capital jetzt informieren, dass aus dem Vorhaben nichts wird, heißt es. Bleibt zu hoffen, dass dieser nicht doch noch einen Weg findet, einen Fuß in die Tür zu stellen. Es wäre nicht das erste Mal, dass gierige Investoren zu ihrem Nutzen die Tücken des Baurechts nutzen.

H.B.

Friedensaktivistin Laura von Wimmersperg vor Gericht:

Drohnen morden!

Am 4. Nov. stand Laura von Wimmersperg, seit Jahrzehnten eine der prägenden Persönlichkeiten der Friedenbewegung in Berlin, vor dem Amtsgericht Tiergarten. Sie hatte zusammen mit weiteren Aktivistinnen auf der Tribüne des Bundestages während einer Sitzung ihre rot-gefärbten Hände erhoben und „Ächten Sie die Kampfdrohnen“ gerufen. Nach Auffassung der Behörden eine “Ordnungswidrigkeit“. Wir dokumentieren in Auszügen die bemerkenswerte Verteidigungsrede der unbeugsamen Friedensaktivisten, die vor allem den tödlichen Drohnenkrieg der USA in aller Welt verurteilt..

Erklärung Laura von Wimmerspergs vor dem Amtsgericht Tiergarten am 4. Nov. 2016

… eine bewusste aktive Haltung gegen Krieg bildete sich bei mir erst heraus als ich Lehrerin war und ich junge Menschen unterrichtete…
Als dann am 12. Dezember 1979 von der NATO die Stationierung von Atomraketen für Europa und damit auch in Deutschland beschlossen wurde, wollte ich etwas dagegen tun. Ich gehörte zu einem Kreis, der die erste Friedensinitiative in Westberlin, die FI Wilmersdorf, gründete.
Seitdem arbeite ich in der Friedensbewegung, also seit 36 Jahren…

Laura: Foto: privat

Zum Tatvorwurf

Anders als in den 80er Jahren, als die Friedensbewegung nur die Atomraketen im Fokus hatte, häufen sich seit den 90er Jahren unsere Aufgabenfelder. Seit 2012 gehört die Arbeit gegen Kampfdrohnen auch dazu. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass die Bundesregierung Drohnen, Unbemannte Waffensysteme, für das Arsenal der Bundeswehr anschaffen will.
Wir – die Friedensbewegung – lehnen diese Pläne strikt ab.
Einige der wichtigsten Argumente, die für eine solche Ablehnung sprechen und die – davon gehe ich aus – allen hier im Saal bekannt sein dürften:

unbemannte Waffensysteme machen die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil: die Schwelle zu Gewalteinsätzen wird mit Drohnen gesenkt, das gezielte Töten einzelner ins Visier genommener Personen außerhalb von Kampfzonen, also ohne, dass sie den Status von Kombattanten haben, muss als Mord bezeichnet werden und verstößt gegen die Menschenrechtscharta der UNO und gegen das Völkerrecht. Der ins Visier Genommene kann zu dem Tatvorwurf, den man ihm macht, nicht Stellung beziehen; das bedeutet Aushebelung der Gewaltenteilung, der Grundlage unserer Demokratie.

Die Behauptung, Drohnen seien präzise Waffen, ist falsch. Zwar gibt es keine Zahlen offizieller Stellen. Aber die Menschenrechtsorganisation Reprieve schätzt, dass im Durchschnitt 28 unbeteiligte [getötete H.B.]Personen auf eine Zielperson gerechnet werden müssen.

Die schwerwiegenden rechtlichen Ablehnungsgründe vermitteln uns aber nicht das übergroße Leid der Bevölkerung, die in solchen Gegenden, wo Drohnen eingesetzt werden, lebt. Folgen der ständigen Todesangst, vermittelt durch das ständige Surren über ihren Köpfen, sind schwere Traumatisierungen Schilderungen von Drohnenangriffen sind selbst beim bloßen Lesen schwer zu ertragen.

Die Entwicklung der Drohnen zu autonomen unbenannten Waffensystemen, die sich ihre Ziele selbst suchen, um sie auszuschalten, setzt einen weiteren Rüstungswettlauf in Gang…

Deutsche Regierung macht mit beim Drohnenmord

Jeden Dienstagmorgen legen die Geheindienste dem Präsidenten der USA die Liste der zur Tötung per Drohne vorgesehenen Menschen vor und lassen sie von ihm – nach einigen Rückfragen – unterzeichnen. Dann geht das Morden los. Ohne die Möglichkeit der Verteidigung für den „Betroffenen“, ohne Gerichts-Verhandlung, ohne unabhängige Richter, ohne Gewaltenteilung, ohne Fragen nach dem Recht der USA in fremden Ländern staatliche Morde zu begehen. Unsere Verbündeten, mit denen wir eine sog. Wertegemeinschaft bilden – welch ein Zynismus!!! Was für eine ungeheure Anmaßung durch „gods own nation“.

Man stelle sich nur vor, Putin würde so handeln…
Drohnenmorde sind IMMER mit zivilen Opfern verbunden. Ein Vielzahl unschuldiger Zivilisten wird getötet, um sog. islamistische Gewalttäter umzubringen. Das sind dann „Kollateralschäden“. Und Deutschland ist dabei: Ohne die logistische US-Zentrale in Ramstein könnten die Daten für die Morde nicht hyperschnell in die USA gehen und dort den im Trocknen sitzenden Piloten am Schreibtisch den schnellen Klick zum Töten zu ermöglichen.
Völkerrecht, Menschenrecht, Demokratie, Gewaltenteilung – bullshit. Hier zählt nur eins: Das brutale Interesse der USA – und seine Liebediener in Berlin von Merkel bis Steinmeier sind dabei. Da spielt das Leben vieler unschuldiger Menschen keine Rolle.

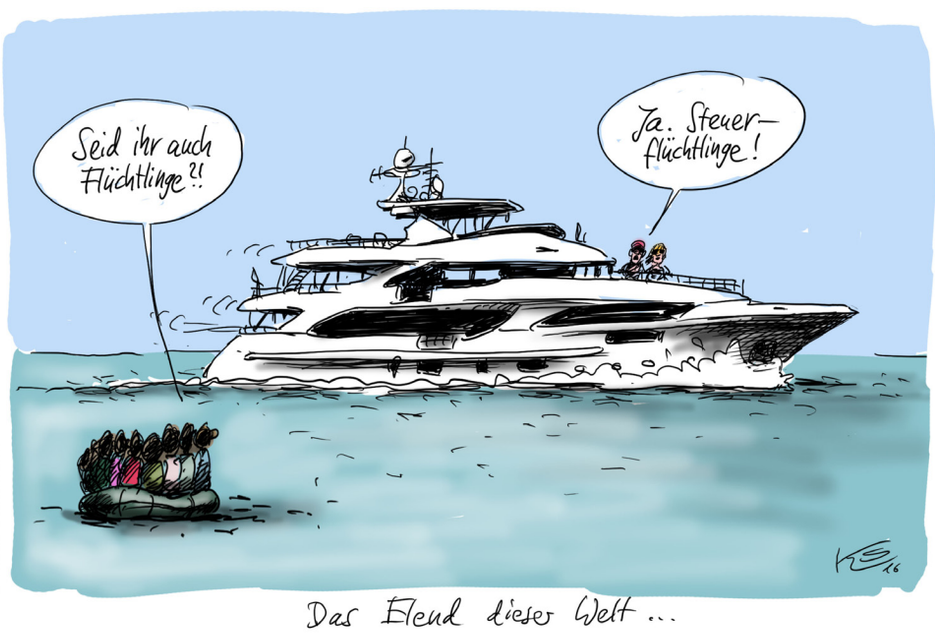
Heinz Balzer

Drohne: Quelle: wikipedia

FILMTIPP

„Ich, Daniel Blake“ von Regisseur Ken Loach

Loachs jüngster Film zeigt einen arbeitslosen Tischler im Räderwerk staatlicher Mangelverwaltung. Das Funktionieren und das Innenleben britischer Job-Center wird ebenso naturalistisch gezeigt wie die Erniedrigung und psychische Zerstörung Betroffener arbeitsloser Menschen im neoliberalen Staat. Realität, nicht nur in GB, auch in unserem Land. Unbedingt ansehen den neuen Film von Ken Loach, der seit Jahrzehnten mit seinem parteiischen sozialen Realismus beeindruckt. Läuft seit 24.11. in diversen Berliner Kinos!



© Klaus Stuttmann

Mit dieser Karikatur gewann Klaus Stuttmann in diesem Jahr den Deutschen Karikaturpreis. Wir freuen uns über die Entscheidung der Jury für den Berliner Künstler, der täglich im Tagesspiegel – und nicht nur dort – seine gezeichneten Kommentare zum Zustand der Welt zeigt. Und damit auch so manche linke Schwermut therapiert. **Herzlichen Glückwunsch, Klaus Stuttmann.** H.B.

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf
Behaimstraße 17, 10585 Berlin

V.i.S.d.P.: Eckhard Dietz

E-Mail Redaktion: bezirksbühne@posteo.de

Redaktionsschluss: 26.11.2016

Neues aus Charlottenburg-Wilmersdorf und der Partei DIE LINKE. jetzt auf
www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

TERMINE

10. Dezember 2016
Landesparteitag DIE LINKE.
WISTA-Veranstaltungszentrum Rudower Chaussee 1, Adlershof

14. Dezember 2016, 19h
Mitgliederversammlung DIE LINKE. Charlottenburg Wilmersdorf
DIE LINKE. Behaimstr. 17, Charlottenburg

Jeden Donnerstag, 10 – 12 h
„Wir kümmern uns“ – Frühstück und Hilfe HARTZ IV

Jeden 1. und 3. Dienstag des Monats, 17 – 19 h
Sozialberatung
DIE LINKE, Behaimstr. 17, Charlottenburg

20. Januar 2017, 19h
Sozialistische Marktwirtschaft
Referent: Stephan Krüger
Marx-Engels Zentrum (MEZ)
Spielhagenstr. 13, Charlottenburg

20. Januar 2017, 19h
Braucht der Islam eine Reformation?
Vortrag Dr. Abdel-Hakim Ourghi
WILMA Ökumenisches Zentrum
Wilmersdorfer Str. 163 Charlottenburg

27. Jan 2017, 19 Uhr
Feminismus und Gleichberechtigung im Islam?
Referentin: Seyran Ates
WILMA

21. und 22. Januar 2017, 15 Uhr
“Ändere die Welt, sie braucht es”
Konzert des Ernst-Busch-Chores
Gast: hardChor ELLA
Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur Friedrichstr. 176-179, Berlin
Eintrittspreis: 12,00 Euro,
Mail: ebcbkarten@gmx.de

Die nächste Ausgabe der BEZIRKS-BÜHNE erscheint Anfang Februar 2017

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir schon heute einen guten Rutsch in neue Jahr 2017!!!